



2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
------	-------------	------	------	------	------	------



Aufgaben- und Finanzplan 2012–2015

Beschluss des Stadtrates vom 21. September 2011

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	2
1.1	Zahlenüberblick	3
1.2	Kommentar	4
2	Gesamtsicht	7
2.1	Finanzentwicklung	8
2.2	Steuerentwicklung	9
2.3	Stellenentwicklung	10
3	Aufgaben- und Finanzplan der Departemente und Dienstabteilungen	12
3.1	10 Behörden und Gesamtverwaltung	13
3.2	15 Präsidialdepartement	14
3.3	20 Finanzdepartement	15
3.4	25 Polizeidepartement	16
3.5	30 Gesundheits- und Umweltdepartement	18
3.6	35 Tiefbau- und Entsorgungsdepartement	20
3.7	40 Hochbaudepartement	21
3.8	45 Departement der Industriellen Betriebe	22
3.9	50 Schul- und Sportdepartement	23
3.10	55 Sozialdepartement	25

1 Einleitung



		RE 2010	BU 2011	BU 2012	P 2013	P 2014	P 2015
Laufende Rechnung	Aufwand	7'770.9	7'921.0	8'408.5	8'523.0	8'674.7	8'758.7
	Ertrag	-7'714.7	-7'922.0	-8'411.9	-8'379.1	-8'531.5	-8'653.4
	Saldo (+ = Aufwandsüberschuss / - = Ertragsüberschuss)	56.2	-1.0	-3.4	144.0	143.2	105.2
	Steuern	-2'347.1	-2'410.8	-2'596.9	-2'620.8	-2'710.8	-2'810.8
Investitionsrechnung	Verwaltungsvermögen						
	Ausgaben	899.0	1'126.7	1'012.1	1'092.9	1'153.5	1'077.3
	Einnahmen	-125.6	-123.5	-87.6	-235.5	-134.6	-141.4
	Nettoinvestitionen	773.5	1'003.2	924.5	857.4	1'018.9	935.8
	Finanzvermögen						
	Ausgaben	98.8					
	Einnahmen	-47.2					
	Saldo (+ = Zuwachs Sachwertanlagen / - = Verminderung Sachwertanlagen)	51.6					
Geldflussrechnung	Umsatzbereich	394.7	419.1	421.6	398.7	468.6	527.8
	Investitionsbereich	-837.6	-1'032.3	-944.4	-897.6	-1'058.9	-975.8
	Finanzierungsüberschuss (+) Finanzierungsfehlbetrag (-)	-442.9	-613.2	-522.8	-498.9	-590.3	-448.0
	Finanzierungsbereich	200.8	190.0	0.0	500.0	550.0	412.0
	Veränderung Flüssige Mittel	-242.1	-423.2	-522.8	1.1	-40.3	-36.0
	Endbestand Flüssige Mittel	1'176.2	753.0	230.2	231.3	191.0	155.0
Bestandesrechnung	Finanzvermögen	5'149.9	4'785.0	4'312.2	4'363.3	4'373.0	4'387.0
	Verwaltungsvermögen	6'397.5	6'879.0	7'266.3	7'551.3	7'972.0	8'309.6
	Spezialfinanzierung	516.9	467.3	415.6	361.9	306.0	247.9
	Aktiven	12'064.3	12'131.3	11'994.1	12'276.5	12'651.0	12'944.5
	Fremdkapital	8'564.0	8'749.7	8'702.1	9'152.0	9'651.4	10'005.6
	Spezialfinanzierung	2'780.4	2'660.7	2'567.7	2'543.9	2'561.9	2'606.1
	Eigenkapital	719.9	720.9	724.3	580.6	437.7	332.8
	Passiven	12'064.3	12'131.3	11'994.1	12'276.5	12'651.0	12'944.5
Kennzahlen	Steuerfuss	118%	119%	119%	119%	119%	119%
	Stellenwerte	19'616.26	20'041.44	20'299.06	20'448.13	20'593.18	20'766.18
	Selbstfinanzierungsgrad	65.6%	45.4%	54.4%	53.9%	52.5%	63.7%

Der Aufgaben- und Finanzplan als Planungs- und Steuerungsinstrument

Der Aufgaben- und Finanzplan (AFP) dient dem Stadtrat als mittelfristiges Planungs- und Steuerungsinstrument. Die Daten wurden in verschiedenen Planungsschritten im Verlaufe dieses Jahres von den Departementen und Dienstabteilungen erfasst. Die Konsolidierung und Analyse der Daten erfolgt durch die Finanzverwaltung der Stadt Zürich und bezüglich den Stellendaten durch HR Stadt Zürich.

Der AFP zeigt, analog dem Detailbudget und der Jahresrechnung, die Werte nach Departementen gegliedert. Der AFP wird zusammen mit dem Budget publiziert. Das im AFP abgebildete Budgetjahr (aktuell das Jahr 2012) entspricht dem Detailbudget. Im AFP werden drei weitere Planjahre abgebildet.

Ausgangslage

Das Budget 2012 sowie die Planung 2013 bis 2015 sind von einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld sowie von Unsicherheiten bezüglich dem neuen Finanzausgleich, der Spitalfinanzierung und anderen Bereichen geprägt. Da die Auswirkungen des starken Frankens auf die Unternehmensgewinne noch nicht abschätzbar sind, ist die Planung der Steuereinnahmen nur schwierig vorzunehmen. Es wird erwartet, dass ab 2013 keine weiteren Ertragssteigerungen eintreffen werden. Im vorliegenden Budget wurden diese Faktoren soweit bekannt berücksichtigt.

Nachdem in den Rechnungsjahren 2008 bis 2010 negative Rechnungsergebnisse erzielt wurden, wurde vom Gemeinderat im März 2011 ein ausgeglichenes Budget 2011 verabschiedet. Für 2012 legt der Stadtrat dem Gemeinderat ein ausgeglichenes Budget 2012 vor. In den Planjahren 2013 bis 2015 muss jedoch aufgrund der unsicheren wirtschaftlichen Entwicklung mit negativen Rechnungsergebnissen gerechnet werden.

Der Stadtrat bewegt sich nach wie vor im Spannungsfeld zwischen einem ausgeglichenen Finanzhaushalt, einer attraktiven Steuerbelastung und einem guten Leistungsangebot.

Planungsziele

Nach der Genehmigung des Budgets 2011 durch den Gemeinderat im März 2011 wurde der Planungsprozess für das Budget 2012 mit klaren Vorgaben an die Departemente und Dienstabteilungen lanciert. Der Stadtrat hat am 30. März 2011 die Eckwerte beschlossen und die departementalen Plafonds festgelegt. Im Mai 2011 fanden mit allen Departementen Gespräche über die erste Version der Planung statt. Der Stadtrat hat sich im Juni 2011 anlässlich einer Klausur mit den Daten auseinandergesetzt und weitere Massnahmen zur Erreichung eines ausgeglichenen Budgets beschlossen. Die Beschlüsse, welche sowohl die Laufende Rechnung als auch die Investitionsrechnung betrafen, wurden von den Departementen und Dienstabteilungen bis Ende August 2011 erfolgreich umgesetzt, so dass dem Gemeinderat nun ein ausgeglichenes Budget 2012 vorgelegt werden kann.

Der Stadtrat hat im Rahmen des Planungsprozesses folgende finanzpolitischen Ziele vorgegeben:

- Dank einer langfristigen, auf Konstanz ausgerichteten städtischen Finanz- und Steuerpolitik verfügt die Stadt Zürich über finanzielle Reserven, mit denen sie im wirtschaftlich schwierigen Umfeld Steuerausfälle während drei bis fünf Jahren kompensieren kann. Sie hat mithin Handlungsspielraum, um den Auswirkungen einer Krise entgegen zu wirken.
- Der Steuerfuss soll bei 119 % stabil gehalten werden.
- Zur Erhaltung des finanziellen Spielraums muss am Ende der Planperiode ein Eigenkapital vorhanden sein. Ein Bilanzfehlbetrag muss vermieden werden.
- Mit Nettoinvestitionen von 850 Mio. Franken im rollenden Durchschnitt soll eine angemessene Selbstfinanzierung und eine verkraftbare Verschuldung sichergestellt werden.

Ausblick

Der Blick in die Zukunft ist naturgemäss von verschiedenen Unsicherheiten geprägt. In erster Linie stellt sich die Frage, wie sich die EU-Schuldenkrise sowie der starke Franken auf die Ergebnisse der Unternehmen und damit auf die Steuereinnahmen auswirken. Eine weitere Unsicherheit besteht beim neuen Finanzausgleich. Die städtischen Zahlungen in den Ressourcenausgleich unterliegen in den Planjahren 2013 bis 2015 voraussichtlich grossen Schwankungen. Ebenfalls offen sind die Auswirkungen bei der Spitalfinanzierung. Soweit möglich wurden diese Faktoren im Budget 2012 und in den Planjahren 2013 bis 2015 berücksichtigt.

Die wesentlichen Merkmale des Budgets 2012 und des AFP sind:

- Die nach wie vor hohen Investitionen stützen die Konjunktur.
- Der Steuerfuss bleibt unverändert bei 119%.
- Der Steuerertrag der juristischen Personen hat sich seit dem Einbruch 2008 noch nicht vollständig erholt. Der Gesamtsteuerertrag wird durch die Erträge der natürlichen Personen, die Quellen- und die Grundstückgewinnsteuern gestützt.
- Weiterhin solid sind die Ertrags- und Vermögenslage der Gemeindebetriebe.

Der Aufgaben- und Finanzplan 2012 bis 2015 weist für die Planjahre 2013 bis 2015 Defizite von rund 100 bis 150 Mio. Franken auf, womit der mittelfristige Ausgleich nicht mehr gegeben wäre. Mit einer restriktiven Haushaltsteuerung wird der Stadtrat weiterhin dafür sorgen müssen, dass der mittelfristige Ausgleich hergestellt wird. Das Eigenkapital reduziert sich bis zum Ende der Planperiode auf 333 Mio. Franken, womit das vom Stadtrat gesetzte Eigenkapitalziel eingehalten ist.

In den Planjahren ist weiter mit sehr hohen Investitionen und entsprechenden Auswirkungen auf Abschreibungen und Zinsen zu rechnen. Der Selbstfinanzierungsgrad 2012 liegt bei tiefen 55 % und bewegt sich auch in den weiteren Planjahren etwa in dieser Höhe. Das bedeutet, dass ein grosser Teil der geplanten Investitionen über fremde Mittel finanziert werden muss, was zu einem Anstieg des langfristigen Fremdkapitals und einer entsprechenden Zinsbelastung führt. In der Planung gilt es auch, den Unterhalt der geschaffenen Infrastruktur sowie die betrieblichen Folgekosten zu berücksichtigen. Ein massgeblicher Teil der Investitionen entfällt auf die Gemeindebetriebe.

Der Haushalt der Stadt Zürich hat der Finanzkrise insgesamt besser Stand halten können als beim Ausbruch im Frühjahr 2008 befürchtet werden musste. Im Eintretensjahr ist zwar der Ertrag der juristischen Personen markant eingebrochen und hat ein Defizit 2008 von 179 Mio. Franken bewirkt. Ein überproportionaler Anstieg der Sozialkosten ist aber bisher ausgeblieben. Allerdings sind die Unsicherheiten noch nicht überwunden. Zudem kann von den Grossbanken realistischerweise nicht erwartet werden, dass sie die vor der Krise abgelieferten Steuererträge in Kürze wieder erreichen. Auf Stufe Planung ist vielmehr vom mittelfristig tieferen Ertragspotenzial der Grossbanken auszugehen. Da die Steuererträge der natürlichen Personen sowie der Quellen- und Grundstückgewinnsteuern den erlittenen Ausfall in beachtlichem Mass kompensieren, steht ertragsseitig kein Einbruch an. Es wird sich weiter zeigen, wie sich die EU-Schuldenkrise und der starke Franken auf die Steuererträge auswirken. Im Budgetjahr 2012 werden noch keine grösseren Einbrüche bei den Steuererträgen erwartet, da diese Faktoren sich erst mit einer gewissen Verzögerung auf die Steuereinnahmen auswirken. Im Planjahr 2013 wird dem erwähnten Umstand Rechnung getragen, in dem nur noch ein geringer Anstieg bei den Steuereinnahmen geplant wurde.

Verschiedene Indikatoren weisen darauf hin, dass in den vergangenen Jahren die «Luft» aus dem Budget herausgenommen wurde. Auch bezüglich der Höhe der budgetierten Steuereinnahmen besteht kein Spielraum mehr. Darüber hinaus gilt es dem Umstand Rechnung zu tragen, dass nur ein beschränkter Teil der Ausgaben der Stadt Zürich durch den Stadtrat beeinflusst werden kann. Ein hoher Teil der Ausgaben ist an übergeordnete Bestimmungen und Entscheide gebunden. In Zukunft kann eine substanzielle Reduktion des Aufwandes deshalb nur noch mittels Überprüfung der Aufgaben der Stadt Zürich erfolgen. Es wird Sache der Politik sein, hier die entsprechenden Prioritäten zu setzen.

Im aktuell unsicheren Umfeld ist vorschnelles Handeln zu vermeiden. Der Stadtrat wird deshalb einer beständigen Steuerfuss-, Investitions- und Ausgabenpolitik folgen.

Im Vordergrund steht eine eng mit den Departementen abgesprochene Budgetierung, aber auch eine Abstimmung der geplanten Investitionen mit den Einnahmen. Weiter sind in allen Gebieten Verbesserungen anzustreben, welche die im lokalen und regionalen Kontext vorhandenen Potenziale, Synergien und Kapazitäten besser ausschöpfen. Allenfalls werden die Prioritäten von Programmen und Aufgaben überprüft und teils neu beurteilt werden müssen. Ziel der lokalen Finanzpolitik bleibt es, die Eigenständigkeit trotz wachsender Verschuldung zu wahren, d. h. einen Bilanzfehlbetrag abzuwenden.

Aufgrund der aktuellen Investitionen verfügt die Stadt Zürich über eine hochwertige Infrastruktur und eine gute Lebensqualität. Beides sind Standortfaktoren, die ganz vorne rangieren und die unbedingt zu bewahren sind.

Technische Hinweise

Wo nichts anderes erwähnt ist, beziehen sich die Werte auf 1'000'000 Franken.

Entsprechend der SAP-Terminologie sind Ertrags- (Kontengruppe 4) und Einnahmenpositionen (Kontengruppe 6 und 8) mit « - » dargestellt.

Bezugsquelle

Im Internet ist der AFP unter folgendem Link verfügbar: www.stadt-zuerich.ch/fd

Gedruckte Exemplare können bei der Stadtkanzlei der Stadt Zürich, Drucksachen, Stadthaus, Postfach, 8022 Zürich bezogen werden.

2 Gesamtsicht



Laufende Rechnung - Artengliederung		RE 2010	BU 2011	BU 2012	P 2013	P 2014	P 2015
Aufwand	30 Personalaufwand	2'492.4	2'487.0	2'658.0	2'731.5	2'799.0	2'865.5
	31 Sachaufwand	1'677.7	1'773.3	1'792.4	1'799.8	1'791.3	1'762.8
	32 Passivzinsen	191.4	184.9	196.7	194.1	207.2	222.5
	33 Abschreibungen	585.5	605.7	620.2	679.4	705.5	704.5
	34 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung			269.5	269.5	269.5	269.5
	35 Entschädigungen an Gemeinwesen	194.2	188.9	201.4	208.8	212.8	220.0
	36 Eigene Beiträge	1'350.9	1'473.9	1'464.6	1'493.9	1'517.4	1'531.3
	37 Durchlaufende Beiträge	98.8	99.1	87.8	27.3	27.5	27.5
	38 Einlagen in Spezialfinanzierungen	235.0	147.5	112.6	116.6	130.3	133.5
	39 Interne Verrechnungen	945.0	960.8	1'005.3	1'002.2	1'014.2	1'021.7
	Total Aufwand	7'770.9	7'921.0	8'408.5	8'523.0	8'674.7	8'758.7
Ertrag	40 Steuern	-2'347.1	-2'410.8	-2'596.9	-2'620.8	-2'710.8	-2'810.8
	41 Regalien Konzessionen	-11.2	-9.6	-6.8	-7.1	-7.4	-7.4
	42 Vermögenserträge	-373.8	-374.3	-360.1	-338.4	-344.6	-347.6
	43 Entgelte	-2'498.1	-2'540.2	-2'695.1	-2'768.7	-2'816.6	-2'832.8
	44 Anteile und Beiträge ohne Zweckb.	-32.4	-30.0	-442.5	-442.6	-442.6	-442.6
	45 Rückerstattungen von Gemeinwesen	-45.6	-45.7	-37.9	-35.1	-34.5	-34.1
	46 Beiträge für eigene Rechnung	-1'145.5	-1'187.6	-978.2	-999.9	-1'026.3	-1'039.9
	47 Durchlaufende Beiträge	-98.8	-99.1	-87.8	-27.3	-27.5	-27.5
	48 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	-217.4	-263.9	-201.5	-136.9	-107.0	-89.0
	49 Interne Verrechnungen	-945.0	-960.8	-1'005.3	-1'002.2	-1'014.2	-1'021.7
Total Ertrag		-7'714.7	-7'922.0	-8'411.9	-8'379.1	-8'531.5	-8'653.4
Ergebnis		56.2	-1.0	-3.4	144.0	143.2	105.2

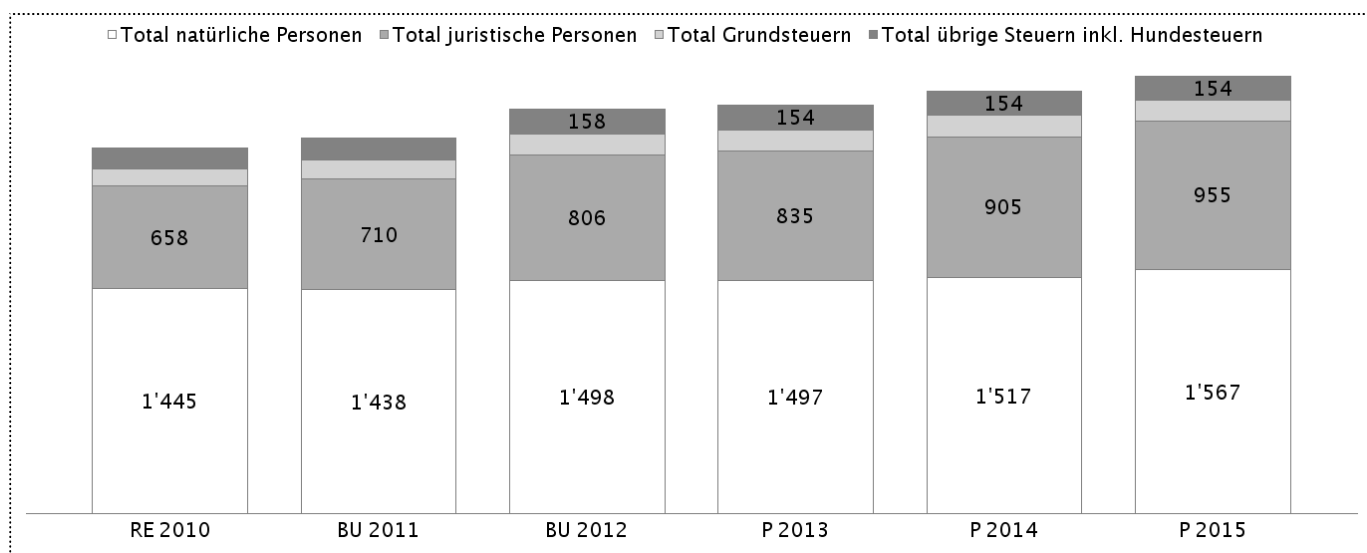
Laufende Rechnung - Gliederung Departemente		RE 2010	BU 2011	BU 2012	P 2013	P 2014	P 2015
10 Behörden und Gesamtverwaltung		44.6	27.3	64.1	116.2	148.7	181.8
15 Präsidialdepartement		128.9	132.9	137.5	137.9	137.3	138.0
20 Finanzdepartement		-2'236.3	-2'303.5	-2'531.8	-2'488.6	-2'570.5	-2'672.5
25 Polizeidepartement		242.8	227.1	305.6	306.1	299.6	298.6
30 Gesundheits- und Umweltsdepartement		211.6	164.1	109.0	114.2	117.2	120.7
35 Tiefbau- und Entsorgungsdepartement		174.3	175.6	188.3	194.6	201.7	204.0
40 Hochbaudepartement		11.7	5.2	20.4	25.6	37.3	38.1
45 Departement der Industriellen Betriebe		30.7	40.1	44.2	47.1	48.0	52.6
50 Schul- und Sportdepartement		803.4	807.8	849.3	867.7	885.3	901.4
55 Sozialdepartement		644.5	722.5	810.1	823.2	838.5	842.5
Ergebnis		56.2	-1.0	-3.4	144.0	143.2	105.2

Investitionsrechnung VV Verwaltungsbereich - Artengliederung		RE 2010	BU 2011	BU 2012	P 2013	P 2014	P 2015
5 Ausgaben		491.3	550.9	571.2	562.2	567.8	558.7
6 Einnahmen		-104.3	-112.5	-78.4	-105.0	-125.5	-132.3
Nettoinvestitionen		387.0	438.4	492.8	457.2	442.2	426.4
Investitionsrechnung VV Gemeindebetriebe - Artengliederung		RE 2010	BU 2011	BU 2012	P 2013	P 2014	P 2015
5 Ausgaben		407.8	575.8	440.9	530.7	585.8	518.6
6 Einnahmen		-21.2	-11.0	-9.2	-130.5	-9.1	-9.2
Nettoinvestitionen		386.5	564.8	431.7	400.2	576.7	509.4
Ergebnis Nettoinvestitionen		773.5	1'003.2	924.5	857.4	1'018.9	935.8

Investitionsrechnung VV - Gliederung Departemente		RE 2010	BU 2011	BU 2012	P 2013	P 2014	P 2015
15 Präsidialdepartement		2.5	12.9	16.7	6.0	20.0	20.0
20 Finanzdepartement		67.4	108.8	116.6	113.8	85.8	111.9
25 Polizeidepartement		18.3	20.4	14.1	26.3	14.8	15.7
30 Gesundheits- und Umweltsdepartement		14.8	14.5	24.5	32.8	32.6	23.9
35 Tiefbau- und Entsorgungsdepartement		159.5	151.5	139.8	168.2	202.0	167.5
40 Hochbaudepartement		195.4	219.0	244.6	221.0	222.0	222.4
45 Departement der Industriellen Betriebe		313.5	474.0	364.8	286.7	438.5	372.6
50 Schul- und Sportdepartement		1.6	2.1	2.4	2.6	3.2	1.8
55 Sozialdepartement		0.4		1.0	0.0	0.0	0.0
Ergebnis		773.5	1'003.2	924.5	857.4	1'018.9	935.8



		RE 2010	BU 2011	BU 2012	P 2013	P 2014	P 2015
Natürliche Personen	Laufendes Jahr	-1'098.7	-1'125.0	-1'120.0	-1'140.0	-1'160.0	-1'210.0
	Vorjahre	-279.8	-245.0	-300.0	-280.0	-280.0	-280.0
	Aktive Steuerauscheidungen	-84.5	-85.0	-95.0	-95.0	-95.0	-95.0
	Passive Steuerauscheidungen	15.7	15.0	15.0	15.0	15.0	15.0
	Total Steuerauscheidungen	-68.8	-70.0	-80.0	-80.0	-80.0	-80.0
	Pauschale Steueranrechnung	2.5	2.0	2.0	3.0	3.0	3.0
	Total natürliche Personen	-1'444.8	-1'438.0	-1'498.0	-1'497.0	-1'517.0	-1'567.0
Juristische Personen	Allgemeine Steuern laufendes Jahr	-564.7	-590.0	-685.0	-760.0	-850.0	-900.0
	Allgemeine Steuern Vorjahre	-101.4	-130.0	-130.0	-105.0	-105.0	-105.0
	Aktive Steuerauscheidungen	-13.0	-13.0	-13.0	-13.0	-13.0	-13.0
	Passive Steuerauscheidungen	15.8	20.0	20.0	40.0	60.0	60.0
	Total Steuerauscheidungen	2.9	7.0	7.0	27.0	47.0	47.0
	Pauschale Steueranrechnung	5.1	3.0	2.0	3.0	3.0	3.0
	Total juristische Personen	-658.1	-710.0	-806.0	-835.0	-905.0	-955.0
Grundsteuern	Grundstückgewinnsteuern	-109.1	-125.0	-135.0	-135.0	-135.0	-135.0
	Total Grundsteuern	-109.1	-125.0	-135.0	-135.0	-135.0	-135.0
Übrige Steuern	Personalsteuern	-6.9	-6.9	-7.0	-7.0	-7.0	-7.0
	Quellensteuern	-113.5	-120.0	-140.0	-140.0	-140.0	-140.0
	Nachsteuern	-13.9	-10.0	-10.0	-6.0	-6.0	-6.0
	Total übrige Steuern	-134.3	-136.9	-157.0	-153.0	-153.0	-153.0
Gesamttotal Steuereinnahmen		-2'346.2	-2'409.9	-2'596.0	-2'620.0	-2'710.0	-2'810.0
Hundesteuern		-0.8	-0.9	-0.9	-0.8	-0.8	-0.8
Gesamttotal Steuereinnahmen inkl. Hundesteuern		-2'347.1	-2'410.8	-2'596.9	-2'620.8	-2'710.8	-2'810.8





Stellenplan	RE 2010	BU 2011	BU 2012	P 2013	P 2014	P 2015
10 Behörden und Gesamtverwaltung	314.5	343.4	355.9	355.9	355.9	355.9
15 Präsidialdepartement	360.7	362.5	361.4	358.4	357.4	356.9
20 Finanzdepartement	811.9	862.7	891.3	894.1	893.6	893.6
25 Polizeidepartement	2'612.0	2'637.1	2'669.1	2'684.1	2'684.1	2'684.1
30 Gesundheits- und Umweltsdepartement	5'579.0	5'570.7	5'629.7	5'662.7	5'708.5	5'739.2
35 Tiefbau- und Entsorgungsdepartement	1'590.2	1'612.3	1'618.2	1'622.1	1'623.6	1'624.6
40 Hochbaudepartement	587.6	608.6	622.2	624.2	626.2	630.9
45 Departement der Industriellen Betriebe	3'460.7	3'604.4	3'645.2	3'668.2	3'684.2	3'700.2
50 Schul- und Sportdepartement	2'889.2	3'007.7	3'072.6	3'150.9	3'226.0	3'347.4
55 Sozialdepartement	1'410.5	1'432.1	1'433.5	1'427.6	1'433.7	1'433.4
Ergebnis	19'616.3	20'041.4	20'299.1	20'448.1	20'593.2	20'766.2

Wichtigste Veränderungen im Stellenplan	BU 2012	P 2013	P 2014	P 2015
Vormundschaftsbehörde	11.0	0.0	0.0	0.0
HR Stadt Zürich	6.5	-1.2	-0.5	0.0
Organisation und Informatik	25.0	4.0	0.0	0.0
Stadtpolizei	17.0	15.0	0.0	0.0
Schutz und Rettung	14.0	0.0	0.0	0.0
GUD Zentrale Verwaltung	6.0	0.0	0.0	0.0
Pflegezentren der Stadt Zürich	25.8	0.0	25.8	10.7
Altersheime	0.0	13.0	0.0	0.0
Stadtsptial Triemli	26.1	20.0	20.0	20.0
Immobilien-Bewirtschaftung	9.4	1.0	2.0	5.0
Elektrizitätswerk	20.0	23.0	16.0	16.0
Verkehrsbetriebe	20.6	0.0	0.0	0.0
Schulamt	49.7	70.0	69.8	110.0
Musikschule Konservatorium Zürich	8.0	8.0	8.0	8.0
Sportamt	8.1	0.3	0.4	3.4
Weitere Veränderungen	10.4	-4.1	3.6	0.0
Total	257.6	149.0	145.1	173.1

Kommentar

Vormundschaftsbehörde:

2011-2012 +9.0 Stellenwerte für Verwaltungspersonal infolge zusätzlicher Aufgaben sowie +2.0 Stellenwerte für Waisenräte.
2012-2015 sind keine wesentlichen Veränderungen geplant.

HR Stadt Zürich:

2011-2012 +10.0 Stellenwerte für die definitive Einführung des optimalen Berufseinstieges für Lehrabgängerinnen und -abgänger, sowie +2.5 Stellenwerte für Schulungs-, Berechtigungs- und Veranstaltungsmanagement. Eingerechnet ist eine Stellenverschiebung von -6.0 Stellenwerte zum GUD Zentrale Verwaltung.

2012-2014 Gründe für die Stellenminderungen sind Befristungen welche ablaufen.

2014-2015 sind keine wesentlichen Veränderungen geplant.

Organisation und Informatik:

2011-2012 +4.0 Stellenwerte für Entwicklung, Aufbau und Betrieb der Telekommunikations-Mittel für Stadtpolizei und Schutz & Rettung, +4.0 Stellenwerte aus Übernahme der Basis-IT des Stadtsptials Triemli, +3.0 Stellenwerte für das neue Rechenzentrum Hagenholz sowie +10.0 Stellenwerte für den Auf- und Ausbau der Telefonie-Infrastruktur. Weitere Stellenveränderungen sind aufgrund von Verschiebungen.

2012-2013 +4.0 Stellenwerte sind für das neue Rechenzentrum geplant.

2013-2015 sind keine wesentlichen Veränderungen geplant.

Stadtpolizei:

2011-2012 +16.0 Stellenwerte bei der Stadtpolizei aufgrund erhöhten Personalbedarfs im Bereich Grundversorgung und der neuen Prostitutionsverordnung. Ein weiterer Stellenwert wurde vom FD Zentrale Verwaltung zur Stadtpolizei verschoben.

2012-2013 +15.0 Stellenwerte im Bereich der Grundversorgung.

2013-2015 Die Stadtpolizei erstellt im Moment einen Sicherheitsbericht für die Stadt Zürich. Nach Vorliegen dieses Berichtes wird der zusätzliche Stellenbedarf für die Jahre 2014 und folgende bekannt sein und in den AFP einfließen.

Schutz und Rettung:

2011-2012 +12.0 Stellenwerte für den Einsatz eines zusätzlichen Rettungswagens für Zürich Nord sowie Ausweitung des Angebotes von Teilzeitmodellen für Rettungssanitäter/innen im Schichtbetrieb. +1.0 Stellenwert für den Initialaufwand des SAP-Organisations-Projekts und damit auch für die Umsetzung der IKS-Vorgaben sowie +1.0 Stellenwert für einen/eine ZIM-Mechatroniker/-in (im Zusammenhang mit dem Projekt «Mobile Datenkommunikation»).

2012-2015 sind keine wesentlichen Veränderungen geplant.

GUD Zentrale Verwaltung:

2011-2012 Verschiebung von +6.0 Stellenwerte (Case Management) werden von HR Stadt Zürich auf das GUD Departementssekretariat übertragen.

2012-2015 sind keine wesentlichen Veränderungen geplant.

Pflegezentren der Stadt Zürich:

2011-2012 +26.0 Stellenwerte aufgrund Zusatzbedarfs an Leistungen des Pflegedienstes sowie Einführung der Fallpauschalen (DRG). Reduktion infolge IT- Strategie von -0.2 Stellenwerte. Insgesamt ergibt sich eine Erhöhung von + 25.8 Stellenwerte.



2012-2013 sind keine Veränderungen geplant.

2013-2014 +25.8 Stellenwerte für die Eröffnung der externen Pflegewohngruppen Köschenrüti und Grünmatt.

2014-2015 +10.7 Stellenwerte für das umgebaute und neu eröffnete Bettenhaus A des Pflegezentrums Witikon.

Altersheime Stadt Zürich:

2012-2013 +13.0 Stellenwerte im Bereich der Aktivierungstherapie (Pflege + Betreuung).

Stadtspital Triemli:

2011-2012 +29.0 Stellenwerte im Stadtspital Triemli zur Bewältigung des Geburtenanstiegs in der Frauenklinik, des Bereiches Informatik und zur Erfüllung der neuen gesetzlichen Vorgaben im Strahlenschutz und der Medizinphysik. Stellenminderungen infolge Verschiebung von Stellenwerten. Verschiebung von - 3.0 Stellenwerte zur OIZ und einer Verschiebung von +0.1 Stellenwerten von den Stadtärztlichen Diensten. Insgesamt ergibt sich eine Erhöhung von + 26.1 Stellenwerte.

2012-2015 jährliche Zunahme von +20.0 Stellenwerte infolge Mehrbedarf bei der Behandlung von grösserem Patientenaufkommen.

Immobilien-Bewirtschaftung:

2011-2012 +10.5 Stellenwerte bei der Immobilien-Bewirtschaftung in den Bereichen Finanz und Rechnungswesen Controlling, Hausdienst und Technik, Gebäudereinigung, Objektmanagement Bereich Schulen und Service Center Technik und Material aufgrund vermehrter Aufgaben.

Stellenminderungen von -1.1 Stellenwerte sind aufgrund von abgelaufenen Befristungen und Verschiebungen ausgewiesen.

2012-2013 +1.0 Stellenwert in der Registratur Kunstinventar.

2013-2014 +1.0 Stellenwert für Polizei- und Sozialbauten und +1.0 Stellenwert für Lagerist Gebäudetechniklager.

2014-2015 +5.0 Stellenwerte infolge Mehraufwand im Bereich der Anlagebuchhaltung, der Betreuung der Systeme und der Kundenbetreuung.

Elektrizitätswerk:

2011-2012 +20.0 Stellenwerte beim ewz für den Ausbau im Geschäftsbereich erneuerbare Energie/Energieeffizienz/ sowie dem Ausbau der Netzdienstleistungen. Darin enthalten sind für die Markttöffnung gemäss Stromversorgungsgesetz 5.0 Stellenwerte.

2012-2013 +23.0 Stellenwerte beim Geschäftsbereich Energien/Energieeffizienz sowie dem Ausbau der Netzdienstleistungen und der Markttöffnung/Positionierung an einem zukünftigen Markt.

2013-2015 geplante jährliche Schaffung von +16.0 Stellenwerte im Bereich Erneuerbare Energien/Energieeffizienz sowie dem Ausbau der Netzdienstleistungen und der Markttöffnung/Positionierung an einem zukünftigen Markt. Davon entfallen für den Ausbau des Geschäftsfeldes der Telecom 7.0 Stellenwerte, vorbehältlich ist die Annahme der Volksabstimmung.

Verkehrsbetriebe:

2011-2012 +35.4 Stellenwerte für zusätzliche TramführerInnen sowie Reduktion von -14.8 Stellenwerte infolge Einsparungen in verschiedenen Bereichen.

2012-2015 sind keine wesentlichen Veränderungen geplant.

Schulamt:

2011-2012 +50.8 Stellenwerte davon +21.0 Stellenwerte aufgrund Mehrbedarf im Bereich Sonderschulung und Therapien, +29.8 Stellenwerte für den Hortausbau. -1.0 Stellenwert aufgrund Abbau innerhalb der IT-Strategie. Insgesamt ergibt sich eine Erhöhung von +49.8 Stellenwerte.

2012-2013 +70.0 Stellenwerte davon +30.0 Stellenwerte für den Hortausbau, +20.0 Stellenwerte im Bereich der Sonderschulung und Therapien und +10.00 Stellenwerte für die integrierte Sonderschulung sowie +10.0 Stellenwerte für die Einführung von Klassenassistenten und den Ausbau der Schulsekretariate.

2013-2014 +69.8 Stellenwerte davon +30.0 Stellenwerte für den Hortausbau, +20.0 Stellenwerte für die Einführung von Klassenassistenten und den Ausbau der Schulsekretariate, +20.0 Stellenwerte für diverses Lehrpersonal (Deutsch als Zweitsprache, zusätzliche Lektion Handarbeit).

2014-2015 +110.0 Stellenwerte davon aufgrund Mehrbedarf +30.0 Stellenwerte für den Hortausbau, sowie +80.0 Stellenwerte für die Einführung von Klassenassistenten und den Ausbau der Schulsekretariate.

Musikschule Konservatorium Zürich:

2011-2015 Jährliche Zunahme +8.0 Stellenwerte für Lehrpersonal aufgrund Schüler/innen-Zuwachs in der Stadt Zürich im Instrumental- und Vokalunterricht und mehr Klassen in der 1. und der 2. Primarschule erfordern mehr Stellenwerte für die musikalische Elementarerziehung.

Sportamt:

2011-2012 +8.1 Stellenwerte im Zusammenhang mit Erweiterung der Angebote sowie grösserer Nachfrage an den Kursen. +4.2 Stellenwerte aufgrund Anpassung der freiwilligen Schulsportkurse, +4.0 Stellenwerte aufgrund einer technischen Anpassung (Reglementsänderung im oblig. Schwimmunterricht), +0.4 Stellenwerte beim Schwimmunterricht infolge Zunahme Lektionen, -0.7 Stellenwerte durch Umwindung von Stellen und +0.2 Stellenwerte aufgrund letzter Tranche Purzelbaum gem. StRB. 1054/2009.

2012-2013 +0.3 Stellenwerte beim Schwimmunterricht infolge Zunahme Anzahl Lektionen.

2013-2014 +0.4 Stellenwerte beim Schwimmunterricht infolge Zunahme Anzahl Lektionen.

2014-2015 +3.0 Stellenwerte infolge Eröffnung Sporthalle Blumenfeld, +0.4 Stellenwerte beim Schwimmunterricht durch Zunahme Anzahl Lektionen.

3 Aufgaben- und Finanzplan der Departemente und Dienstabteilungen



Laufende Rechnung	RE 2010	BU 2011	BU 2012	P 2013	P 2014	P 2015
Total Aufwand	76.9	59.2	126.3	169.3	211.0	253.4
Total Ertrag	-32.3	-31.9	-62.2	-53.0	-62.2	-71.6
Saldo	44.6	27.3	64.1	116.2	148.7	181.8

Investitionsrechnung VV	RE 2010	BU 2011	BU 2012	P 2013	P 2014	P 2015
Keine Daten vorhanden.						

Stellenplan	RE 2010	BU 2011	BU 2012	P 2013	P 2014	P 2015
Total	314.5	343.4	355.9	355.9	355.9	355.9

Institutionen

1000 Gemeinde
 1005 Gemeinderat
 1007 Finanzkontrolle
 1010 Beauftragte/r in Beschwerdesachen
 1015 Stadtrat
 1020 Stadtkanzlei
 1025 Rechtskonsulent
 1030 Vormundschaftsbehörde
 1035 Datenschutzbeauftragte/r
 1060 Gesamtverwaltung
 1061 Stadtweite Projekte
 1070 Betreibungsämter
 1080 Friedensrichterämter

Generelle Entwicklung

Die Institution Nr. 1061 umfasst neu den Projektstab Stadtrat (StRB Nr. 1959 vom 26. November 2010). Im Budget und in den Planjahren sind die gesamtstädtischen Lohnmassnahmen eingerechnet. Diese werden jeweils mit den Zusatzkrediten auf die Dienstabteilungen aufgeteilt.

Laufende Rechnung

Investitionsrechnung

Stellenplan

Im Stellenplan sind neu 2 Planstellen für den Projektstab Stadtrat enthalten (StRB Nr. 1959 vom 26. November 2010). Die Planstellenschaffung erfolgte saldoneutral.



Laufende Rechnung	RE 2010	BU 2011	BU 2012	P 2013	P 2014	P 2015
Total Aufwand	216.4	217.9	221.8	222.1	221.3	221.9
Total Ertrag	-87.4	-85.0	-84.4	-84.2	-83.9	-83.9
Saldo	128.9	132.9	137.5	137.9	137.3	138.0

Investitionsrechnung VV	RE 2010	BU 2011	BU 2012	P 2013	P 2014	P 2015
5 Ausgaben	2.5	12.9	16.7	6.0	20.0	20.0
Ergebnis	2.5	12.9	16.7	6.0	20.0	20.0

Stellenplan	RE 2010	BU 2011	BU 2012	P 2013	P 2014	P 2015
Total	360.7	362.5	361.4	358.4	357.4	356.9

Institutionen

1500 Präsidialdepartement Zentrale Verwaltung
 1501 Kultur
 1505 Stadtentwicklung
 1506 Fachstelle für Gleichstellung
 1520 Museum Rietberg
 1530 Bevölkerungsamt
 1560 Statistik Stadt Zürich
 1565 Stadtarchiv
 1575 Archiv und Statistik

Generelle Entwicklung

Die Auswirkungen der Änderungen der Rechtsgrundlagen im Bereich der Registerharmonisierung erfordert weiterhin einen erhöhten Aufwand beim Bevölkerungsamt (Inst. 1530) und bei Statistik Stadt Zürich (Inst. 1560).

Laufende Rechnung

Die Laufende Rechnung wird spürbar beeinflusst durch die Abschreibungen auf den Investitionsbeträgen der Kultur (Inst. 1501); vgl. dazu den Abschnitt «Investitionsrechnung».

Die Kulturbeiträge des Kantons erfolgen ab 2012 neu gemäss §29 des neuen Finanzausgleichsgesetzes. Die Beiträge fallen knapp 2 Mio Fr. tiefer aus als die bisherigen Beiträge von Kanton und Gemeinden. Zudem wurde das Kulturleitbild aktualisiert; die Beiträge steigen dadurch sowie durch die Teuerung moderat an.

Investitionsrechnung

Folgende Projekte der Dienstabteilung Kultur haben Einfluss auf die Investitionsrechnung:

- Zürcher Kunsthaus, Beitrag Erweiterung
- Schweizer Landesmuseum, Beitrag Erweiterung

Stellenplan

Der Stellenplan des Präsidialdepartements hat sich im Budget 2012 aufgrund von Mutationen gegenüber dem Budget 2011 wie folgt verändert:

- + 0.2 Stw. aufgrund eines Übertrags der OIZ (Inst. 2080) an das PRD für die Wahrnehmung der Fachapplikationsverantwortung in der Zentralen Verwaltung.
- + 0.2 Stw. aufgrund eines Übertrags des Rechtskonsulenten (Inst. 1025) für die Funktion DepartementsjuristIn.
- + 0.2 Stw. für das Sekretariat des Ausländerbeirats, befristet bis 2014 (StRB 1807 vom 03.11.2010)
- + 0.3 Stw. zur Umsetzung des Fokusthema «Gleichstellung von Menschen mit Behinderung» (StRB 808 vom 06.07.2011).
- 1.0 Stw. aufgrund eines Übertrags des PRD an die Stadtweiten Projekte (Inst. 1061) zugunsten des Projektstabs Stadtrat (StRB 1959 vom 26.11.2010).
- 1.0 Stw. aufgrund einer ablaufenden befristeten Stelle in der Dienstabteilung Archiv und Statistik im Jahr 2011 (Inst. 1575).

Total: -1.1 Stw.

Die weiteren Änderungen 2013-2015 ergeben sich aus einer geplanten Reduktion von Stellen beim Bevölkerungsamt sowie dem Wegfall der befristeten 0.2 Stw. für das Sekretariat des Ausländerbeirats und der 0.3 Stw. für die Umsetzung des Fokusthemas «Gleichstellung von Menschen mit Behinderung».



Laufende Rechnung	RE 2010	BU 2011	BU 2012	P 2013	P 2014	P 2015
Total Aufwand	969.0	1'007.9	1'341.6	1'302.7	1'309.0	1'310.0
Total Ertrag	-3'205.3	-3'311.4	-3'873.5	-3'791.3	-3'879.5	-3'982.5
Saldo	-2'236.3	-2'303.5	-2'531.8	-2'488.6	-2'570.5	-2'672.5

Investitionsrechnung VV	RE 2010	BU 2011	BU 2012	P 2013	P 2014	P 2015
5 Ausgaben	72.2	111.5	117.9	115.3	87.5	115.5
6 Einnahmen	-4.8	-2.7	-1.3	-1.6	-1.7	-3.5
Ergebnis	67.4	108.8	116.6	113.8	85.8	111.9

Stellenplan	RE 2010	BU 2011	BU 2012	P 2013	P 2014	P 2015
Total	811.9	862.7	891.3	894.1	893.6	893.6

Institutionen

2000 Finanzdepartement Zentrale Verwaltung
 2001 Vorfinanzierung für entschädigungspflichtige Massnahmen der Bau- und Zonenordnung
 2002 Vorfinanzierung für die Sanierung der Wohn- und Geschäftsliegenschaften
 2015 Finanzverwaltung
 2016 Kompetenzzentrum Risiko- und Versicherungsmanagement
 2021 Liegenschaftenverwaltung
 2022 Wohnliegenschaften
 2023 Liegenschaften der ehemaligen Gasversorgung
 2024 Baurechte des Finanzvermögens
 2025 Restaurants
 2026 Baulandreserven, Landreserven ausserhalb der Stadt
 2027 Gewerbe-Immobilien
 2028 Liegenschaften des Verwaltungsvermögens
 2030 Baurechte gemeinnütziger Wohnungsbau
 2031 Wohnsiedlungen
 2032 Parkhäuser
 2040 Steueramt
 2050 Human Resources Management
 2051 Stadtweites Case Management am Arbeitsplatz
 2052 Optimaler Berufseinstieg
 2053 Lohnnachzahlungen
 2080 Organisation und Informatik

Generelle Entwicklung

Die Entwicklung im Finanzdepartement ist geprägt durch die Neuerungen im Zusammenhang mit dem vom Volk am 15. Mai 2011 verabschiedeten Finanzausgleichsgesetz sowie den Veränderungen beim Steuerertrag.

Laufende Rechnung

Die Finanzausgleichsbeiträge wurden bisher direkt den Bereichen Kultur, Polizei und Sozialhilfe zugewiesen. Die zweckgebundenen Beiträge im Bereich der Polizei und Sozialhilfe entfallen ab dem Jahr 2012. Neu wird der Zentrumslastenausgleich in der Höhe von 412.2 Mio. Fr. der Finanzverwaltung gutgeschrieben und der dem Kanton abzuliefernde Ressourcenausgleich von 269.5 Mio. Fr. der Finanzverwaltung belastet. Weil die Steuererträge der natürlichen Personen sowie der Quellen- und Grundstückgewinnsteuern den erlittenen Ausfall aufgrund der Finanzkrise 2008 in beachtlichem Mass zu kompensieren vermochten, steht ertragsseitig kein Einbruch an. Es wird sich weiter zeigen, wie sich die EU-Schuldenkrise und der starke Franken auf die Steuererträge auswirken. Im Budgetjahr 2012 werden noch keine grösseren Einbrüche bei den Steuererträgen erwartet, da diese Faktoren sich erst mit einer gewissen Verzögerung auf die Steuereinnahmen auswirken. Im Planjahr 2013 wird dem erwähnten Umstand Rechnung getragen, in dem nur noch ein geringer Anstieg bei den Steuereinnahmen geplant wurde.

Investitionsrechnung

Der überwiegende Teil der Investitionen betrifft Investitionen im Bereich der Wohnsiedlungen sowie von Organisation und Informatik.

Stellenplan

Die Verschiebungen betreffen vorwiegend die Dienstabteilung Organisation und Informatik und stehen im Zusammenhang mit der Übernahme von Stellen von anderen Dienstabteilungen sowie dem neuen Rechenzentrum.



Laufende Rechnung	RE 2010	BU 2011	BU 2012	P 2013	P 2014	P 2015
Total Aufwand	557.5	546.9	565.4	569.1	565.2	562.9
Total Ertrag	-314.6	-319.8	-259.8	-263.0	-265.6	-264.4
Saldo	242.8	227.1	305.6	306.1	299.6	298.6

Investitionsrechnung VV	RE 2010	BU 2011	BU 2012	P 2013	P 2014	P 2015
5 Ausgaben	21.3	22.4	17.0	28.0	16.8	16.8
6 Einnahmen	-3.0	-2.0	-3.0	-1.8	-2.1	-1.1
Ergebnis	18.3	20.4	14.1	26.3	14.8	15.7

Stellenplan	RE 2010	BU 2011	BU 2012	P 2013	P 2014	P 2015
Total	2'612.0	2'637.1	2'669.1	2'684.1	2'684.1	2'684.1

Institutionen

2500 Polizeidepartement Zentrale Verwaltung
2501 Schutzraumbautenfonds
2505 Parkgebühren
2506 Blaue Zonen
2520 Stadtpolizei
2525 Stadtrichteramt
2550 Schutz und Rettung
2555 Dienstabteilung Verkehr

Generelle Entwicklung

Die Beanspruchung des öffentlichen Raumes für Veranstaltungen aller Art und kommerzielle Nutzungen nehmen zu. Die Bereitschaft, Verantwortung für die negativen Auswirkungen (Abfall, Lärm etc.) zu übernehmen, ist gering. Neben den organisierten Anlässen in der Innenstadt halten sich an den Wochenendnächten Tausende von jungen Leuten in den Seeuferanlagen und in der Umgebung von Verkehrsknotenpunkten auf. Zürich ist eine Partystadt für eine weit gefasste Agglomeration. Dies führt dazu, dass der ursprünglichen «Tagesbevölkerung» der Stadt eine mehr oder weniger gleich grosse «Nachtbevölkerung» gegenüber steht. Dies hat deutliche Auswirkungen auf das Wohnumfeld, die Öffnungszeiten der Betriebe und die Einsatzzeiten der Sicherheits- und Rettungsorgane.

Das Klima zwischen den Verkehrsteilnehmenden wird aufgrund des Verkehrsaufkommens und der Verkehrsdichte entsprechend einer Grossstadt als hektisch und teilweise aggressiv empfunden.

In Zürich entmischen sich Quartiere, obwohl die sozialen Unterschiede im Stadtbild weniger sichtbar sind als in anderen Weltstädten. Neben den hohen Mietzinsen in einzelnen Zonen ist auch die objektiv und subjektiv wahrgenommene Kriminalität ein wichtiger Faktor, der die Bildung von Problemgebieten fördert. Eine geringe Kriminalitätsrate ist Grundlage für eine positive Quartierentwicklung, für die Aufwertung und den Schutz der Wohngebiete.

Der zunehmende Individualismus ist mit der immer stärker wachsenden Anspruchshaltung an die Leistungen des Staates verbunden.

Dies führt unweigerlich zu einem Dilemma: Zwar werden immer mehr Aufgaben an den Staat delegiert, doch gleichzeitig werden die Überregulierung und die hohe Staatsquote beklagt. Staatliche Autoritäten werden wenig akzeptiert. Polizistinnen und Polizisten sowie Rettungssanitäterinnen und -sanitäter werden bei ihren Einsätzen angepöbelt und teilweise auch körperlich angegriffen.

Per 1. Januar 2011 trat die erste gesamtschweizerische Strafprozessordnung in Kraft und ersetzte die kantonalen Strafprozessordnungen. Als Konsequenz daraus sind administrative Abläufe deutlich aufwändiger.

Wie in anderen Bereichen ist auch in der Sicherheitspolitik die Tendenz zu beobachten, dass die Gemeinden als letzte Stationen in der Delegationskaskade immer mehr Aufgaben übernehmen müssen. Diese Tendenz geht weiter und generiert für die Kommunen zusätzliche Kosten. Dies geht aber umgekehrt oft nicht einher mit der Delegation der Kompetenzen.

Laufende Rechnung

Stadtpolizei:

Im Jahr 2013 müssen die Dienstwaffen ersetzt werden. Die Mehrkosten der Zürcher Polizeischule kommen ab 2012 zum Tragen und im Informatikbereich müssen diverse nichtbeeinflussbare Projekte realisiert werden. Bei den Ordnungsbussen ist von einem Ertragsrückgang von 4.5 Mio. Fr. auszugehen. Die Verrechnung der Polizeieinsätze ist vertraglich geregelt und reduziert sich um 0.6 Mio. Fr.

Der Beitrag des Kantons Zürich zum Zentrumslastenausgleich im Betrag von 50.8 Mio. Fr. wurde auf den Buchungskreis 2015 Finanzverwaltung übertragen, da der Finanzausgleich nicht mehr zweckgebunden ist.

Stadtrichteramt:

Durch den BGE 6B_844/2010 entfallen ca. 10'000 Verzeigungen von Schwarzfahrenden und die anstehende Anpassung der Gebühren an die kantonalen Richtlinien reduzieren das Ergebnis um 5.8 Mio. Fr.

Schutz & Rettung

Der Aufwand erhöht sich aufgrund des verschobenen Bedarfs im Bereich des Materials und der Dienstleistungen.

Dienstabteilung Verkehr

Die Sanierung der Lichtsignalanlagen wurde zurückgestellt und ist nun ebenso wieder zu berücksichtigen wie der erhöhte Abschreibungsbedarf.

Investitionsrechnung

Im Jahr 2013 werden von Schutz & Rettung die Projektkosten für die Infrastruktur «ELZ-ZH 2011» im Betrag von 12.8 Mio. Fr. von der GVZ übernommen.



Stellenplan

Departementssekretariat

1 Stw. IKS-Beauftragte/-Beauftragter/Stellvertretung Departementscontrolling, zur Entlastung der laufend hinzukommenden neuen Aufgaben

Stadtpolizei:

Aufstockung in den Jahren 2012 und 2013 von je 15 Stw. im Bereich der Grundversorgung. Zusätzlich im Jahr 2012 ein Stw. Detektiv/-in im Zusammenhang mit der neuen Prostitutionsverordnung.

Schutz & Rettung

10 Stw. Rettungssanitäter/-innen für den Einsatz eines zusätzlichen Rettungswagens

2 Stw. Rettungssanitäterinnen zur Kompensation von krankheitsbedingten Ausfällen

1 Stw. für den Initialaufwand des SAP-Organisations-Projekts und damit auch für die Umsetzung der IKS-Vorgaben

1 Stw. für einen/eine ZIM-Mechatroniker/-in (im Zusammenhang mit dem Projekt «Mobile Datenkommunikation»)



Laufende Rechnung	RE 2010	BU 2011	BU 2012	P 2013	P 2014	P 2015
Total Aufwand	1'046.0	1'038.2	1'052.2	1'066.7	1'079.3	1'089.0
Total Ertrag	-834.3	-874.0	-943.2	-952.5	-962.1	-968.2
Saldo	211.6	164.1	109.0	114.2	117.2	120.7

Investitionsrechnung VV	RE 2010	BU 2011	BU 2012	P 2013	P 2014	P 2015
5 Ausgaben	21.1	28.2	24.5	32.8	32.6	23.9
6 Einnahmen	-6.3	-13.7				
Ergebnis	14.8	14.5	24.5	32.8	32.6	23.9

Stellenplan	RE 2010	BU 2011	BU 2012	P 2013	P 2014	P 2015
Total	5'579.0	5'570.7	5'629.7	5'662.7	5'708.5	5'739.2

Institutionen

3000 Gesundheits- und Umweltdepartement Zentrale Verwaltung
 3010 Städtische Gesundheitsdienste
 3015 Stadtärztlicher Dienst
 3020 Pflegezentren der Stadt Zürich
 3026 Altersheime der Stadt Zürich
 3030 Stadtspital Waid
 3035 Stadtspital Triemli
 3045 Umwelt- und Gesundheitsschutz
 3085 Stadtküche

Generelle Entwicklung

Neues Pflegegesetz bzw. neue Pflegefinanzierung:

Ab 1. Januar 2011 ist das neue Pflegegesetz in Kraft getreten. Davon betroffen sind die Altersheime der Stadt Zürich (AHZ), die Pflegezentren der Stadt Zürich (PZZ) sowie die Städtischen Gesundheitsdienste (SGD). Das Amt für Zusatzleistungen (AZL) wird die Pflegebeiträge der öffentlichen Hand für den stationären Bereich ausrichten (im ambulanten Bereich übernehmen die SGD diese Aufgabe). Somit wird bei den AHZ und den PZZ das Defizit im Bereich Pflege vom AZL gedeckt. Im Zusammenhang mit der neuen Pflegefinanzierung hat die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements (GUD) entschieden, bei den AHZ und PZZ ein Wechsel auf eine Subjektfinanzierung vorzunehmen. Dies hat zur Folge, dass die Kostenträger Hotellerie und Betreuung eine Vollkostendeckung ausweisen müssen (es dürfen keine Gewinne erzielt werden). Für die Umsetzung der Subjektfinanzierung wird ein generelles Taxmodell erarbeitet. Das neue Taxmodell hat allfällige Rahmenbedingungen des kantonalen Sozialamts über die Taxobergrenzen bei den Zusatzleistungen zu berücksichtigen. Die bestehenden Taxmodelle der AHZ und PZZ werden angepasst und gleichzeitig harmonisiert. Derzeit ist jedoch noch unklar, wie die Kostenaufteilung zwischen Krankenkassen und öffentlicher Hand in den folgenden Jahren durch den Kanton geregelt wird. Für die Jahre 2012 - 2015 wurde von der gleichen Situation wie im Jahr 2011 ausgegangen.

Im ambulanten Bereich (Spitex) ist es provisorisch vorgesehen, dass die Stadt ab 2013 die Kostenbeteiligung der Spitex-KlientInnen vollständig übernimmt (der definitive politische Entscheid ist noch ausstehend). Im Weiteren ist zu erwähnen, dass die Nachfrage nach Spitexleistungen unvermindert anhält.

Die Eingabe der Plandaten im AFP 2012 - 2015 erfolgte nach dem aktuellsten Kenntnisstand betr. der Auswirkungen des neuen Pflegegesetzes bzw. der neuen Pflegefinanzierung.

Neues Spitalplanungs- und Finanzierungsgesetz (SPFG):

Das ab 1. Januar 2012 gültige SPFG hat auf die Stadtspitäler Waid (SWZ) und Triemli (STZ) sowie auf die Städtischen Gesundheitsdienste (SGD) grössere Auswirkungen. Bei den Spitälern kommt dazu, dass schweizweit das neue Finanzierungssystem Swiss-DRG eingeführt wird (die Entwicklung der Erträge ist zurzeit unsicher, da die Tarife bzw. die Baserate mit den Krankenversicherern noch nicht ausgehandelt sind). Mit der Inkraftsetzung des neuen SPFG übernimmt der Kanton 51% der Fallabgeltung für die Behandlung der stationären PatientInnen, die Krankenversicherer 49%. Da die mit den Krankenversicherern ausgehandelte Baserate vermutlich nicht zu 100% die effektiven Kosten deckt, verbleibt für den Spitalträger (Stadt Zürich) ein Restdefizit. Neu beteiligen sich die Krankenversicherer mit einem Zuschlag auf die Baserate an die Investitionskosten. Die bis 31. Dezember 2011 durch den Kanton erfolgten Investitionsbeiträge, die noch nicht abgeschrieben sind, werden in verzinsliche und zu amortisierende Guthaben umgewandelt.

Die SGD sind vom neuen SPFG in allen Dienstleistungsbereichen (Soziale Krankenversicherung, Spitexleistungen, Angebote im Sucht- und Drogenbereich) betroffen. Dabei fallen der Wegfall der Sockelbeiträge der Spitäler im Umfang von 22 Mio. Fr. und die Höhe der Beiträge an die Spitexleistungen infolge des Wegfalls der Staatsbeiträge von 6.5 Mio. Fr. besonders stark ins Gewicht.

Die Eingabe der Plandaten im AFP 2012 - 2015 erfolgte nach dem aktuellsten Kenntnisstand betr. der Auswirkungen des neuen Spitalplanungs- und Finanzierungsgesetzes.

Nachhaltige Stadt Zürich - auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft:

Diverse Projekte laufen bis zum Jahr 2012 und 2013:

-Zürich Multimobil

-Öko-Kompass (Umweltberatung für KMU der Stadt Zürich)

-Förderung der Gebäude-Energieeffizienz (Vorgehensberatung und Energie-Coaching von Planenden und Bauenden)

Die per 1. Januar 2010 formierte Abteilung Energie und Nachhaltigkeit wird Projekte auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft lancieren und betreuen.

**Laufende Rechnung**

Siehe Bemerkungen generelle Entwicklung.

Infolge der Einführung des neuen Pflegegesetzes bzw. der neuen Pflegefinanzierung wurde bei den AHZ und PZZ ein Wechsel auf die Subjektfinanzierung vorgenommen. Dies bedeutet, dass die Kostenträger Hotellerie und Betreuung eine Vollkostendeckung ausweisen müssen (es dürfen keine Gewinne mehr erzielt werden). Im Vergleich zu 2011 verschlechtern sich die Ergebnisse in der Langzeitpflege (AHZ und PZZ).

Die Einführung des neuen Spitalplanungs- und Finanzierungsgesetzes (SPFG) sowie die Einführung des neuen Finanzierungssystems Swiss-DRG haben zur Folge, dass sich bei den Stadtspitälern Waid und Triemli die Ergebnisse im Vergleich zur letzten Planperiode deutlich verbessern. Das neue SPFG bewirkt auch bei den Städtischen Gesundheitsdiensten eine Verbesserung des Ergebnisses.

Investitionsrechnung

Infolge der Einführung des neuen Spitalplanungs- und Finanzierungsgesetzes per 1. Januar 2012 fallen die kantonalen Investitionsbeiträge (51%) weg. Der Kanton und neu auch die Krankenversicherer beteiligen sich mit einem Investitionsbeitrag auf die Fallabgeltung (Baserate) an den Investitionen.

Stellenplan

Zentrale Verwaltung, Departementssekretariat (DS und Dienststelle Wohnen im Alter (WiA))
Von HR Zürich werden 6 Stw. (Case Management) auf das DS übertragen. Diese Übertragung bedeutet keine Stellenschaffung.

Stadtärztlicher Dienst (SAD)

Differenz zwischen Budget 2011 und 2012:

1.6 Stw. für Kaderstellen im Suchtbereich. Es ist geplant, im Rahmen der Einführung des neuen SPFG die Entzugsabteilung der Suchtbehandlung Frankental auf die Spitalliste zu setzen.

0.3 Stw. für Kaderstellen für den Psychiatrisch-Psychologischen Dienst. Mit dem Stadtspital Waid wird ein Vertrag über die Zusammenarbeit für den psychiatrischen Konsiliardienst abgeschlossen.

0.1 Stw. wird als Differenz ausgewiesen.

Pflegezentren der Stadt Zürich (PZZ)

Differenz zwischen Budget 2011 und 2012:

16.0 Stw. im Bereich Pflege für die Bewältigung immer komplexerer Pflegefälle.

6.0 Stw. im Bereich Sozialarbeit infolge Einführung Swiss-DRG in den Spitälern (Verstärkung des Ein- und Austrittsmanagements).

4.0 Stw. im Bereich Ausbildung. Im Kanton ZH werden zu wenige Pflegefachleute ausgebildet. Ab 2012 ist es für die Betriebe möglich, Studierende direkt anzustellen. Für die Ausbildung der Studierenden sind die Ressourcen für AusbilderInnen in der Praxis bereitzustellen.

Differenz zwischen Budget 2013 und 2014:

25.8 Stw. für die Eröffnung der externen Pflegewohngruppen Köschenrütli und Grünmatt.

Differenz zwischen Budget 2014 und 2015:

10.7 Stw. für das umgebaute und eröffnete Bettenhaus A des Pflegezentrums Witikon.

Altersheime der Stadt Zürich (AHZ)

Differenz zwischen Budget 2012 und 2013:

13.0 Stw. für die Aktivierungstherapie (Professionalisierung der Betreuung und Pflege).

Stadtspital Triemli (STZ)

Differenz zwischen Budget 2011 und 2012:

20.0 Stw. für die Frauenklinik. Die Schliessung der Geburtenabteilung des Spitals Sanitas hat einen grossen Zuwachs von Geburten zur Folge.

6.0 Stw. für den Bereich Informatik. Infolge der Einführung des neuen Finanzierungssystems Swiss-DRG ab 2012 sind Optimierungen in der IT-Infrastruktur notwendig.

1.0 Stw. für eine neu zu schaffende Stelle «Strahlenschutzverantwortliche/r» (Sicherheitsanforderungen für den Schutz des Personals).

2.0 Stw. für MedizinhysikerInnen. In der Klinik für Radioonkologie und Nuklearmedizin muss der Betrieb der Beschleunigergeräte weiter durchgeführt werden können - gesetzliche Vorschrift).

Differenz zwischen Budget 2012 und 2013:

20.0 Stw. infolge Behandlung zusätzlicher PatientInnen.

Differenz zwischen Budget 2013 und 2014:

20.0 Stw. infolge Behandlung zusätzlicher PatientInnen.

Differenz zwischen Budget 2014 und 2015:

20.0 Stw. infolge Behandlung zusätzlicher PatientInnen.



Laufende Rechnung	RE 2010	BU 2011	BU 2012	P 2013	P 2014	P 2015
Total Aufwand	769.8	793.0	752.3	741.4	759.3	744.4
Total Ertrag	-595.5	-617.4	-563.9	-546.8	-557.6	-540.3
Saldo	174.3	175.6	188.3	194.6	201.7	204.0

Investitionsrechnung VV	RE 2010	BU 2011	BU 2012	P 2013	P 2014	P 2015
5 Ausgaben	213.9	218.1	209.5	268.7	325.2	296.4
6 Einnahmen	-54.4	-66.5	-69.7	-100.5	-123.2	-128.9
Ergebnis	159.5	151.5	139.8	168.2	202.0	167.5

Stellenplan	RE 2010	BU 2011	BU 2012	P 2013	P 2014	P 2015
Total	1'590.2	1'612.3	1'618.2	1'622.1	1'623.6	1'624.6

Institutionen

3500 Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Zentrale Verwaltung
 3501 Fonds des überkommunalen Strassennetzes
 3504 Parkraumfonds
 3506 Vorfinanzierung für den Beitrag der Stadt Zürich an die Kosten für die Einhausung der Autobahn Schwamendingen
 3515 Tiefbauamt
 3525 Geomatik + Vermessung
 3535 Entsorgung + Recycling Zürich Abwasser
 3550 Entsorgung + Recycling Zürich Abfall
 3555 Entsorgung + Recycling Zürich Fernwärme
 3560 Entsorgung + Recycling Zürich Stadtreinigung
 3570 Grün Stadt Zürich

Generelle Entwicklung

Das Ergebnis der Laufenden Rechnung verschlechtert sich in den kommenden Jahren. Ausschlaggebend sind der erhöhte Abschreibungsbedarf aufgrund von Investitionen sowie der gesteigerte Unterhalt für das Shopville. Zudem besteht weiterhin grosser Nachholbedarf bei der Umsetzung der Werterhaltungsstrategien. Als Folge der einmaligen Kürzungen im Budget 2011 wurde dieser zusätzlich erhöht.

Durch die höhere Energieeinsparung der erneuerten Kehrstrassen im Hagenholz und das neu erstellte Holzheizkraftwerk Aubrug sinkt der Anteil fossiler Energie bei ERZ Fernwärme auf 26 %.

Laufende Rechnung

Das hohe Investitionsvolumen der aktuellen Bauprogramme führt zu einer deutlichen Zunahme der Abschreibungen. Der durch die Budgetkürzungen 2011 entstandene Nachholbedarf (Werterhaltung und Bauseratz) konnte aufgrund der Vorgaben nicht vollständig kompensiert werden.

Bei ERZ Abwasser sind die Mehrkosten für die Sanierung der Sondermülldeponie Kolliken enthalten. Die geplante Übernahme ETH Lehrwald erhöht ab 2012 den Personal- und Sachaufwand bei Grün Stadt Zürich.

Investitionsrechnung

Gemäss dem aktuellen Bauprogramm erhöht sich das Investitionsvolumen ab dem Jahr 2013. Als Hauptgrund sind dringende Bauprojekte wie bspw. Bahnhof Löwenstrasse, Quartierverbindung Oerlikon, Anbindung Bahnhof Oerlikon Ost, Seeuferweg Wollishofen, Autobahnüberdeckung Katzenssee, Tramverbindung Hardbrücke, Münsterhof, Bahnhof Hardbrücke, Einhausung Autobahn Schwamendingen und Pestalozzianlage zu erwähnen.

Die Investitionsrechnung ERZ Abwasser umfasst die Erneuerung der Biologie und Filtration, sowie den Neubau einer Klärschlammverwertungsanlage. Der Investitionsbedarf von ERZ Abfall wird von den Hauptprojekten Logistikzentrum Hagenholz, Recyclingzentrum, der Sanierung der Rauchgasreinigung, und Ersatz der Abwasserbehandlungsanlage geprägt.

Stellenplan

Ab 2012 wird die Stelle Geschäftsleitung Kunst im öffentlichen Raum (KiöR) vom AHB ans Tiefbauamt übertragen. Die Stelle wird mit Novemberbrief übertragen. Geomatik + Vermessung plant den Personalbestand für die Amtliche Vermessungen und die Bauvermessung um 2 Stw. anzuheben. Bei Grün Stadt Zürich führt die per 2011 geplante Übernahme ETH-Lehrwald zu einem Stellenzuwachs von 3.8 Stw. Im Bereich Unterhalt Sportflächen müssen die Stellen als Folge neuer Sportanlagen und der Winternutzung angepasst werden. Für Unterhalt und Pflege der zusätzlichen, intensiv genutzten Erholungsflächen wie Hardau-, Pfingstweid- und Auenpark sind weitere 1.5 Stw. notwendig. Für die Ausweitung der Umweltbildung von den Naturschulen auf die Produktionsstätten (Bauernhöfe, Sukkulente-Sammlung und Stadtgärtnerei) ist ab 2015 ein zusätzlicher Stw. geplant.



Laufende Rechnung	RE 2010	BU 2011	BU 2012	P 2013	P 2014	P 2015
Total Aufwand	462.8	455.7	474.7	482.6	494.6	498.1
Total Ertrag	-451.1	-450.5	-454.3	-457.1	-457.4	-460.0
Saldo	11.7	5.2	20.4	25.6	37.3	38.1

Investitionsrechnung VV	RE 2010	BU 2011	BU 2012	P 2013	P 2014	P 2015
5 Ausgaben	238.8	249.8	248.9	221.4	222.1	222.4
6 Einnahmen	-43.3	-30.8	-4.3	-0.4	-0.1	
Ergebnis	195.4	219.0	244.6	221.0	222.0	222.4

Stellenplan	RE 2010	BU 2011	BU 2012	P 2013	P 2014	P 2015
Total	587.6	608.6	622.2	624.2	626.2	630.9

Institutionen

4000 Hochbaudepartement Zentrale Verwaltung
 4003 Vorfinanzierung zur Abtragung des Nachholbedarfes beim Erneuerungsunterhalt der Schul- und Verwaltungsgebäude
 4015 Amt für Städtebau
 4020 Amt für Hochbauten
 4035 Amt für Baubewilligungen
 4040 Immobilien-Bewirtschaftung

Generelle Entwicklung

Der Nachholbedarf in Bezug auf die Sanierung und den Unterhalt der betreuten Liegenschaften besteht weiterhin. Der Liegenschaftenbestand nimmt aufgrund der hohen Bautätigkeit zu. Die konstant gute Baukonjunktur führt zu einer hohen Auftragslage für Baubewilligungen und Baukontrollen.
 Die Projektierung des Stadion Zürich, das Projekt Neuplanung Kongresszentrum und die archäologische Grabung am Parkhaus Opéra prägen das Geschehen. Das Legislaturziel «Stadt und Quartiere gemeinsam gestalten» ist in Bearbeitung.

Laufende Rechnung

Der Aufwand steigt aufgrund der Zunahme der zu betreuenden Liegenschaften (Unterhalt und Betrieb) und der zunehmenden Abschreibungen auf dem steigenden Liegenschaftenbestand Verwaltungsvermögen.

Investitionsrechnung

Die Investitionsplanung der Immobilien-Bewirtschaftung verharrt auf hohem Niveau. Der Nachholbedarf der Sanierungen bei den städtischen Liegenschaften kann nur so sichergestellt werden. Dabei erreicht der Anteil wertvermehrender Investitionen knapp die 60%-Marke. Damit wird das Ziel, 60% für werterhaltende Vorhaben zu investieren, verfehlt. Zusätzlich zu den bisherigen 250 Mio. Fr. wird der Plafondwert 2012 um 30 Mio. Fr. angehoben, um den Wegfall der Spitalsubvention zu kompensieren.
 Die zwei vom GR Ende 2009 bewilligten Rahmenkredite für Energiesparmassnahmen städtischer Liegenschaften wurden 2010 erstmals in Anspruch genommen.

Stellenplan

Die Planstellen werden in den Jahren 2012 bis 2015 infolge Übertragung zusätzlicher Aufgaben und Bewältigung der grossen Arbeitslast im bescheidenen Rahmen zunehmen.



Laufende Rechnung	RE 2010	BU 2011	BU 2012	P 2013	P 2014	P 2015
Total Aufwand	1'524.1	1'548.2	1'539.2	1'595.9	1'621.2	1'638.8
Total Ertrag	-1'493.4	-1'508.1	-1'495.0	-1'548.7	-1'573.2	-1'586.1
Saldo	30.7	40.1	44.2	47.1	48.0	52.6

Investitionsrechnung VV	RE 2010	BU 2011	BU 2012	P 2013	P 2014	P 2015
5 Ausgaben	327.2	481.8	374.2	418.0	446.1	380.5
6 Einnahmen	-13.7	-7.8	-9.4	-131.3	-7.6	-7.9
Ergebnis	313.5	474.0	364.8	286.7	438.5	372.6

Stellenplan	RE 2010	BU 2011	BU 2012	P 2013	P 2014	P 2015
Total	3'460.7	3'604.4	3'645.2	3'668.2	3'684.2	3'700.2

Institutionen

4500 Departement der industriellen Betriebe Zentrale Verwaltung
4502 Vorfinanzierung von Stromsparmassnahmen
4525 Wasserversorgung
4530 Elektrizitätswerk
4540 Verkehrsbetriebe

Generelle Entwicklung

Die Stromtarife in der Stadt Zürich sollen entflochten und angepasst werden. Dadurch werden die gesetzlichen Vorgaben aus dem Stromversorgungsgesetz (StromVG) umgesetzt. Die entsprechende Vorlage ist im Gemeinderat hängig. Die Planung geht davon aus, dass die neuen Tarife per 1. Januar 2013 in Kraft gesetzt werden und bis 2015 unverändert bleiben. Der Bonus 2012 reduziert sich von 15% auf 7.5%.

Das ewz geht davon aus, dass sich die Phase II der Strommarktöffnung verzögert. Die Berechnungen im AFP unterstellen daher die heutige Marktregelung.

Die Planung basiert darauf, dass der Kooperationsvertrag mit der swisscom umgesetzt, die Stadt Zürich flächendeckend mit Glasfasern erschlossen wird und das Stimmvolk der zugehörigen Vorlage zustimmen wird.

Die finanzielle Entwicklung der VBZ für die Jahre 2012 - 2015 richtet sich nach der mit dem ZVV vereinbarten Finanz- und Investitionsplanung. Allfällige Anpassungen an die Budgetvorgaben des ZVV erfolgen im Novemberbrief.

Laufende Rechnung

Gemeindebeitrag der Stadt Zürich an den ZVV gemäss Planung des ZVV, Stand August 2011: 2011: 105.8 Mio. Fr. / 2012: 106.0 Mio. Fr. / 2013: 113.1 Mio. Fr. / 2014: 114.2 Mio. Fr. / 2015: 118.8 Mio. Fr.

Der Saldo des Spezialfinanzierungskontos der Wasserversorgung wird wie geplant abgebaut.

Die geplanten Tarifierungen des Elektrizitätswerkes sind ab 2013 für den gesamten Planungszeitraum hinterlegt. Für 2012 wurde ein Bonus von 7.5% eingesetzt.

Investitionsrechnung

Die Wasserversorgung veranschlagt mehr Ausgaben für die Werterhaltung der Wasseraufbereitungs- und -verteilanlagen.

Die VBZ rechnen mit erhöhtem Investitionsbedarf im Hochbau 2013-2015. Im Jahr 2014 sind Ausgaben für die Erneuerung der Zentralwerkstatt Altstetten und eine Anzahlung für die Trambeschaffung geplant. Im Jahr 2013 hat die VBZ Investitionsbeiträge von Bund und Kanton für das Bauprojekt Tram Zürich-West eingestellt. Die Beiträge des Infrastrukturfonds des Bundes für das Tram Zürich-West führen auch im Departementssekretariat (Inst. 4500) zu Einnahmen in der Investitionsrechnung.

Stellenplan

Das ewz beantragt, für das Jahr 2012 20 neue Stellen zu schaffen.

Für den Angebotsausbau Tram Zürich-West ab Dezember 2011 benötigen die VBZ 30.8 Stellen im Fahrdienst Tram.



Laufende Rechnung	RE 2010	BU 2011	BU 2012	P 2013	P 2014	P 2015
Total Aufwand	958.4	957.3	1'008.3	1'030.2	1'052.5	1'071.9
Total Ertrag	-155.1	-149.5	-159.0	-162.5	-167.1	-170.5
Saldo	803.4	807.8	849.3	867.7	885.3	901.4

Investitionsrechnung VV	RE 2010	BU 2011	BU 2012	P 2013	P 2014	P 2015
5 Ausgaben	1.6	2.1	2.4	2.6	3.2	1.8
Ergebnis	1.6	2.1	2.4	2.6	3.2	1.8

Stellenplan	RE 2010	BU 2011	BU 2012	P 2013	P 2014	P 2015
Total	2'889.2	3'007.7	3'072.6	3'150.9	3'226.0	3'347.4

Institutionen

5000 Schul- und Sportdepartement Zentrale Verwaltung
5005 Schul- und Büromaterialverwaltung
5010 Schulamt
5026 Musikschule Konservatorium Zürich
5050 Schulgesundheitsdienste
5063 Fachschule viventa
5070 Sportamt

Generelle Entwicklung

Schulamt: Die Ziele der Volksschule orientieren sich grundsätzlich an den übergeordneten Vorgaben. Im Zentrum stehen die qualitative und quantitative Entwicklung des Betreuungsangebots, die integrative Förderung und die integrierte Sonderschulung sowie die Neugestaltung der Sekundarschule. Neu steht auch die Frühförderung im Fokus.

Musikschule Konservatorium Zürich: Das wachsende Interesse der Jugend an musikalischer Förderung ist in der Jugendmusikschule deutlich spürbar und führt zusammen mit der Integration des Zürcher Konservatoriums für Klassik und Jazz (ZKKJ) zu höheren Kosten.

Schulgesundheitsdienste: Die Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes mit dem Auftrag, auch schwierige SchülerInnen zu integrieren, und die steigende Zahl der Sonderschulungen nach dem Wegfall der Kleinklassen führen zu einer stärkeren Beanspruchung des Schulpsychologischen Dienstes. Prävention der kindlichen Übergewichtsepidemie und Früherkennung und Frühintervention bei Suchtverhalten und psychosozialen Störungen sind wichtige Schwerpunkte.

Fachschule Viventa: Die neu festgelegten Strukturen sollen konsolidiert werden. Das Engagement in der Berufsbildung vergrössert sich und die Integration der Migranten wird gefördert.

Sportamt: Verschiedene Bauprojekte führen zu höheren Verrechnungen von Querschnittskosten. Das Hallenbad City wird voraussichtlich ab Sommer 2012 wieder in Betrieb genommen. Zwei einmalig stattfindende Grossveranstaltungen werden die Rechnung 2012 bis 2014 belasten.

Laufende Rechnung

Personalaufwand (30):

Stellenschaffung durch Hortausbau sowie Änderungen der Lehrpersonalverordnung (LPVO) wie Teilrevision des Lohnreglements, Einführung Verpflegungszulagen und Änderung des anstellungsrechtlichen Schuljahresbeginns auf den 1. August gem. RRB v. 16. Februar 2011 und die Kantonalisierung der Lehrpersonen des Schulamtes, erstmals auf 1. Januar 2013 (13.6 Mio. Fr.); Integration ZKKJ in die JSZ bzw. Schülerzuwachs (9.1 Mio. Fr.); temporäre Anstellung von Schulpsychologen/Innen (0.5 Mio. Fr.); Sportamt, vor allem Wiedereröffnung Hallenbad City bzw. Anpassung der Personalkosten für Lehrpersonen für die Schulsportkurse der Volksschule an die Rechnung 2010 (0.9 Mio. Fr.); PK-Mehrkosten für die mutmasslich zu erhöhenden Sparbeiträge 2012-15 (5.3 Mio. Fr.)

Sachaufwand (31):

Erneuerung Dauerausstellung im Nonam (0.1 Mio. Fr.); tiefer budgetierte Bezüge der Dienstabteilungen und Schulen der Stadt Zürich bei der SBMV (2.7 Mio. Fr.); Hortausbau bzw. IT-Projekte im Schulbereich wie z.B. Websites für Schulen, Weiterentwicklung GKKS, etc. (4.3 Mio. Fr.); vermehrter Einsatz von IT-Tools im Rahmen der Teilautomatisierung von Prozessen in der Musikschule Konservatorium Zürich (0.4 Mio. Fr.); diverse Programme, Angebote, Therapien und Informationsmaterial im Bereich Bewegung, Ernährung, Prävention und Gesundheitsförderung bzw. Anschaffung medizinische Geräte und Material in den Schulgesundheitsdiensten (0.3 Mio. Fr.); Sportamt: Anschaffung von Bädereintritts-Chipkarten, Wiedereröffnung HaBa City, Nachholbedarf wegen Sparmassnahmen 2011 bei Unterhalt/Reinigung/Ersatzanschaffungen in Sportanlagen und Bädern, Erhöhung der Strompreise (2.2 Mio. Fr.)

Abschreibungen (33):

Die Zunahme 2011/12 resultiert aus der Erhöhung der Investitionsbeiträge an die PBZ + ZB (0.1 Mio. Fr.) bei der Zentralen Verwaltung sowie aus höheren Abschreibungen von Debitorenforderungen (Elternbeiträge Hort) beim Schulamt (0.2 Mio. Fr.)

Entsch. an Gemeinwesen (35):

Kantonalisierung der Lehrpersonen sowie Änderungen der Lehrpersonalverordnung (LPVO) wie Teilrevision des Lohnreglements, Einführung Verpflegungszulagen und Änderung des anstellungsrechtlichen Schuljahresbeginns auf den 1. August gem. RRB v. 16. Februar 2011 (11.9 Mio. Fr.)

Interne Verrechnungen (39):



Schulamt: Mietzinsreduktion durch IMMO aufgrund von Umbauten bei einzelnen Schulhäusern (1.1 Mio. Fr.); OIZ: Diverse IT-Projekte wie z.B. Kits3, AdA, etc. (1.9 Mio. Fr.); höhere Verrechnung durch das Sportamt (0.6 Mio. Fr.); Sportamt: GSZ und IMMO (3.6 Mio. Fr.)

Entgelte (43):

Schulamt: vor allem Elternbeiträge aus dem geplanten Hortausbau (5.9 Mio. Fr.); Musikschule Konservatorium Zürich: Integration ZKKJ in die JSZ sowie Schülerzuwachs im Instrumental- und Vokalunterricht (4.1 Mio. Fr.); Sportamt: Mehreinnahmen durch Wiedereröffnung HaBa City, dafür Mindereinnahmen bei den übrigen Hallenbädern (0.7 Mio. Fr.)

Beiträge für eigene Rechnung (46):

Erhöhung kantonale Beiträge bei der Fachschule Viventa und der Musikschule Konservatorium Zürich (ZKKJ).

Interne Verrechnungen (49):

Tiefer budgetierte Bezüge der Dienstabteilungen und Schulen der Stadt Zürich bei der SBMV (rund 3.5 Mio. Fr.); höhere Verrechnung an SAM durch das Sportamt (0.6 Mio. Fr.)

Investitionsrechnung

PBZ: Weitere Um- und Neubauten, Kürzung vorgesehener Betrag für den Ausbau der Webseite und für die RFID-Ausrüstung in der Filiale Affoltern aufgrund der städt. Sparmassnahmen; ZB: weitere Beiträge für Infrastruktur (ZB: Projekte) und Sanierungsmassnahmen (ZB: Investitionen).

Unverzinsliches Darlehen an die Veranstalter der Leichtathletik-Europameisterschaft 2014

Stellenplan

Schulamt: Ausbau Betreuung und Mehrbedarf bei Sonderschulung + Therapien, geplante Unterstützung Schulpersonal (ab 2013).

Musikschule Konservatorium Zürich: Die Integration der ZKKJ, die weitere Nachfrage nach Instrumental- und Vokalunterricht sowie die Zunahme der Klassen in der 1./2. Primar mit einem Anstieg der MEZ-Klassen schlagen sich auch im Stellenplan nieder.

Sportamt: Ausbau des Schulsports (Nettoaufwand fällt beim Schulamt an), neues Reglement im Schwimmbereich (nur Anpassung Stw.).



Laufende Rechnung	RE 2010	BU 2011	BU 2012	P 2013	P 2014	P 2015
Total Aufwand	1'190.2	1'296.8	1'326.8	1'343.0	1'361.4	1'368.3
Total Ertrag	-545.7	-574.3	-516.7	-519.8	-522.9	-525.8
Saldo	644.5	722.5	810.1	823.2	838.5	842.5

Investitionsrechnung VV	RE 2010	BU 2011	BU 2012	P 2013	P 2014	P 2015
5 Ausgaben	0.4		1.0	0.0	0.0	0.0
6 Einnahmen	-0.0					
Ergebnis	0.4		1.0	0.0	0.0	0.0

Stellenplan	RE 2010	BU 2011	BU 2012	P 2013	P 2014	P 2015
Total	1'410.5	1'432.1	1'433.5	1'427.6	1'433.7	1'433.4

Institutionen

5500 Sozialdepartement Zentrale Verwaltung
5510 Support Sozialdepartement
5515 Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV
5520 Laufbahnzentrum
5550 Soziale Dienste
5560 Soziale Einrichtungen und Betriebe

Generelle Entwicklung

Ab 1. Januar 2012 ist die Zentrale Verwaltung für die finanzielle Abgeltung der Transferleistungen der AOZ zuständig und nicht mehr die Sozialen Dienste.

Im Bereich der subventionierten Betreuungsplätze für die familienexterne Kinderbetreuung ist ein weiterer Ausbau, entsprechend dem ausgewiesenen Bedarf, vorgesehen.

Die Fertigstellung der beiden grossen IT-Projekte ELUSA und EFAS wird prioritär betrachtet und entsprechend vorangetrieben.

Ab 1. Januar 2011 trat die Pflegefinanzierung in Kraft. Erste finanzielle Einschätzungen werden im AFP abgebildet.

Die Nachfrage nach Beratungsdienstleistungen in der Berufs- und Laufbahnberatung, insbesondere im Bereich der integrierenden Laufbahnberatungen im Auftrag der regionalen Arbeitsvermittlungszentren und der Sozialzentren, nimmt stetig zu.

Bei den Fallzahlen der Existenzsicherung wird wegen der AVIG-Revision mit einem leichten Anstieg zu rechnen sein. Für 2012 wird gemäss den aktuellen Wirtschaftsprognosen eine Stabilisierung erwartet.

Auf die sinkende Auslastung in den Programmen der Arbeitsintegration wurde reagiert und entsprechende Massnahmen getroffen.

Mit dem kantonalen Finanzausgleichsgesetz entfällt der zweckgebundene Lastenausgleich an die Sozialhilfe (Mindereinnahmen von 28.3 Mio. Fr.). In diesem Zusammenhang wird auch der Staatsbeitrag gemäss §45 Sozialhilfegesetz für alle Gemeinden von 5% auf 4% reduziert (Mindereinnahmen von 1.7 Mio. Fr.).

Laufende Rechnung

Die Laufende Rechnung widerspiegelt die generelle Entwicklung.

Investitionsrechnung

Die im Budget 2012 ausgewiesenen Investitionskosten können dem Projekt «Strichplatz» (StRB 565/2011) zugeordnet werden.

Stellenplan

Der bewilligte Stellenplan Sozialdepartement wird sich innerhalb der Planperiode um 0.1 Stw. verändern (von 1433.3 auf 1433.4)